

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Fernsprecher: Geschäftsbüro Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtbüro Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefaßt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche zur Hälfte. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlstellen der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dresden, Mittwoch, 16. Januar

1924

Die Schicksalsstunde Englands.

Die Thronrede.

London, 15. Januar.
Heute vormittag begab sich der König in Begleitung der Königin und des üblichen Hofstaates vom Buckingham Palace nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Straßen, durch die der außerordentlich pompöse Hofzug fuhr. Die Ankunft des Königs im Unterhaus wurde mit 41 Kanonenschüssen bekanntgegeben. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten verlas der König die Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiter freundschaftlich.

Ich freue mich, einen ausgesprochenen Fortschritt in der Lösung jener Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zum wechselseitigen Verständnis verschlossen und die Wiedergewinnung der Welt verzögert hatten. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige aus den Vereinigten Staaten mit anderen Sachverständigen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien zusammenwirken werden bei der Prüfung der sehr ernsten finanziellen Fragen, die die Lage Deutschlands betreffen.

Das künftige Statut der Tangentzone, die lange Zeit eine Quelle von Unruhe war, ist zwischen den Delegierten der hauptsächlich interessierten Mächte einer Regelung unterzogen worden, welche die Schaffung eines internationalen Regimes und die Förderung des Verkehrs und des Handels vorsieht.

Ein Gesetz wird eingebracht werden zwecks Inkraftsetzung des Lausanner Friedensvertrages. Sobald dieses Gesetz angenommen sein wird, wird der Vertrag ratifiziert und eine neue Ära friedlicher Beziehungen mit der Türkei eröffnet werden.

Meine Minister sind im Zusammenwirken mit den Vertretern Kanadas darauf bedacht gewesen, die Schwierigkeiten bezüglich der geschwundenen Einfuhr von alkoholischen Getränken in die Vereinigten Staaten zu beseitigen und haben Vorschläge für ein Abkommen gemacht, das nicht nur der Annahme steht und die künftigen glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern festigen dürfte.

Es wird weiter mein Ziel sein, den ständig wachsenden Einfluß des Völkerrechts mit allen Mitteln, die in meiner Macht liegen, zu fördern.

Die jüngste Serie von Mordtaten an der Nordwestküste Indiens durch Verbrecher, die ein Mißverhältnis von afghanischem Boden gefunden haben bez. afghanische Untertanen sind, hat mich sehr beschäftigt. Meine Regierung ist energisch bei der Regierung des Emirats vorgegangen und sie erwartet auf das Bestimmteste, daß diese Personen bestraft und befriedigende Beziehungen an dieser Grenze bald hergestellt werden.

Die kürzlich abgehaltene Konferenz des britischen Reiches wies sehr deutliche Fortschritte in bezug auf das Zusammenwirken der Reichsteile auf. Es war insbesondere möglich, den Wünschen der Dominionen entgegenzukommen, ohne von dem bestehenden Steuersystem dieses Landes abzukommen, indem der von der Reichskonferenz im Jahre 1917 beschlossene und seit 1919 in Kraft getretene Grundgesetz der gegenseitigen Selbstbestätigung wesentlich erweitert wurde. Es werden ihnen Vorschläge zwecks Durchführung der Ergebnisse dieser Reichskonferenz unterbreitet werden. Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die durch die Weltausstellung des Britischen Reiches geboten werden wird, die Kenntnis der mannigfaltigen Hilfsquellen meines Reiches zu erhöhen und den Handel innerhalb des britischen Reiches zu fördern.

Auf die innerpolitischen Fragen übergehend führt die Thronrede aus, daß der jüngste Wahlkampf sich um die Frage der Schulpflichtreform gedreht habe.

Inbesseren bin ich froh, festzustellen, daß die Pläne für die Sicherung von Arbeitsgelegenheiten, die gegenwärtig durchgeführt werden, eine schätzenswerte Wirkung im Laufe des letzten Jahres gezeitigt haben, indem sie die Zahl der wirklichen Erwerbslosen herabgemindert haben. Die Zahl derer, die noch immer nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden, verursacht mit großer Sorge. Meine Minister haben kürzlich vor dem Lande Vorschläge entwickelt, die nach ihrer Überzeugung zu der Lösung dieses Problems wesentlich beigetragen haben würden, indem sie der Industrie ein größeres Maß von Sicherheit auf dem eigenen Markt gesichert und den Absatz ihrer Erzeugnisse in meinen überseeischen Kolonien und in fremden Ländern vergrößert hätten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung der Mitglieder des Parlaments zu einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit, wie sie von der Reichskonferenz vorgeschlagen

wurden, nachgefragt werden. Es soll insbesondere gewissen öffentlichen Unternehmungen im britischen Reich finanzielle Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten und eine Ausdehnung der Beteiligung an den Kosten für gemeinnützige Arbeiten entweder durch die Lokalbehörden oder durch private Gesellschaften vorgenommen werden.

Sodann enthält die Thronrede einen Hinweis auf die Pläne der Regierung zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie durch sofortigen Bau von Kreuzern und Hilfseinheiten, zwecks Entwicklung der allgemeinen und technischen Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen usw. Insbesondere wird die Ausdehnung der Luftflotte für Zwecke der Landesverteidigung angekündigt. Bezüglich der Krise in der Landwirtschaft wird auf den Vorschlag der Regierung Bezug genommen, eine Konferenz aller interessierten Kreise und sämtlicher Parteien einzuuberufen zwecks Ausarbeitung einer Agrarpolitik, durch welche die anbauwürdige Fläche zu erhöhen und durch

Stabilisierung der Löhne der Landarbeiter eine regelmäßige Beschäftigung auf dem Lande zu sichern sein würde.

Die in der ganzen Welt mit Spannung erwartete Erklärung des englischen Königs zur Eröffnung des neuen Parlaments war in Wirklichkeit eine Aufregung nicht wert. Die Rede bildet diesmal nicht, wie üblich, das maßgebende englische Regierungsprogramm, sondern den Schwanzanhang einer aus der Regierung verdrängten Partei. Vereinzelt Reden von tragender ausgesprochenen parteipolitischen Charakter, während andere wichtige Vorkommnisse innerhalb der englischen Politik aus den letzten Wochen und Tagen scheinbar mit Absicht besonders farblos gehalten sind. Vor allem die Schulpflichtfrage, die im Verlaufe des letzten Wahlkampfes die Hauptrolle spielte und den Anlaß zu der konservativen Wahlverlorenheit bot, wird nicht als diskutiert behandelt. Mit einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit soll versucht werden, die Niederlage wettzumachen, obwohl selbst der König und seine vor dem Abgang stehenden Minister nicht glauben dürfen, daß sich das Parlament damit zufriedengeben wird. Mit Handelskredit allein kann die Arbeitslosigkeit in England nicht behoben werden. Schon deshalb ist die Arbeiterpartei gewonnen, das von ihr beabsichtigte Vertrauensvotum gegen die Regierung Baldwin einzubringen. Denn nicht zuletzt wurde ihr bei den letzten Wahlen ein Erfolg zuteil, weil in breiten Teilen der englischen Bevölkerung die Auffassung besteht, daß sie schließlich in der Lage ist, auf die Dauer der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Bekanntlich glaubt die Labour Party, das vor allen Dingen durch eine Anerkennung Russlands und die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu diesem Lande zu erreichen. Dieser Auffassung wird in der englischen Thronrede kein Wert gemessen. Das ist parteipolitisch insofern erklärlich, als die konservative Partei, deren Sprecher der König am Dienstag war, wahrscheinlich glaubt, den die allein die Abstimmung für das von der Arbeiterpartei inzwischen angebotene Vertrauensvotum entscheiden und sie mit der Verantwortung beladen zu können, der Arbeiterpartei in den Zetteln geholfen zu haben. Das ist nicht die Thronrede, sondern ein innerpolitisches Programm ist ebenfalls weder inhaltlich noch parteipolitisch sehr umstritten. Die einzige, aber bedeutende Ausnahme bildet die Ankündigung neuer Hilfen zu Wasser und in der Luft. Diese Frage wird bei der Arbeiterpartei auf starken Widerspruch stoßen und zweifellos auch bei der Begründung des Vertrauensvotums gegen die Regierung Baldwin eine Rolle spielen.

Der Zusammenbruch der französischen Währung.

Das Regierungsprogramm zur Sanierung der staatlichen Finanzen.

Paris, 15. Januar.

Der katastrophale Zusammenbruch, den die französische Währung am Montag auf den internationalen Geldplätzen erlitten hat, hat nicht nur in den finanziellen und wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Kreisen eine panikartige Stimmung erzeugt. Selbst die Regierung mußte sich angesichts des unerwartet raschen Tempors, das der Sturz des Franken seit kurzem angenommen hat, davon überzeugen, daß einer Krise wirtschaftlicher Natur mit politischen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Sie ist heute zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengetreten und hat in langen Beratungen ein Programm zur Sanierung der staatlichen Finanzen entworfen, das dem Parlament bereits in den nächsten Tagen vorgelegt werden soll und dessen künftige Annahme die Regierung durch Stellung der Vertrauensfrage zu erzwingen beabsichtigt. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und der Steuerhinterziehungen; 2. Ersparnis mit Ausgaben für die öffentliche Verwaltung; 3. Verringerung aller Gelegenheitswährer, die mit neuen finanziellen Lasten verbunden sind; 4. ein Zuschlag von 20 Proz. auf sämtliche Steuern. In Aussicht genommen sind weiter Maßnahmen zur Bekämpfung von Waisenspekulation gegen den Franken und gegen die französischen Staatspapiere. Nach einer Mitteilung offizieller Natur erwartet die Regierung aus der 20prozentigen Erhöhung der Steuern eine Einnahme von 4,7 Milliarden Franc, aus dem Gelegenheitswurf zur Unterbrechung der Steuerdefraudation eine solche von 2 Milliarden. Darüber hinaus glaubt man aus der Ersparnis eine weitere Milliarde flüssig machen zu können, sodaß rund 7 bis 8 Milliarden verfügbar wären, mit denen die Regierung das Reparationsbudget, für das bisher im Etat keinerlei Deckung vorhanden war, ins Gleichgewicht zu bringen hofft. In unterrichteten politischen Kreisen steht dieser Optimismus allerdings auf harte Skepsis, ganz abgesehen davon, daß es selbst bei glatter Annahme der Vorlage durch die Kammer noch Monate dauern wird, ehe die neuen Quellen zu fließen beginnen werden. Außerdem befürchtet man, daß die wirklichen Einnahmen hinter den offiziellen Schätzungen sehr stark zurückbleiben werden.

Sturm in der Kammer.

Paris, 15. Januar.

In der heutigen Kammer Sitzung verlangte der Abgeordnete Lacotte die sofortige Be-

sprechung einer Interpellation über die Devisenhausse. Die Kammer beschloß demgemäß. Der Finanzminister machte geltend, daß die Regierung am Donnerstag die heute beschlossenen Gelegenheitswährer einbringen werde und verlangte, daß auch die Interpellation auf Donnerstag verlagert werde. Der Sozialist Blum behandelte jedoch auf sofortiger Erörterung. Die Regierung ermahnte die Kammer zur Ruhe. Aber diese machte, daß auch die Regierung Ruhe und Maßhalten bewahren. Nach dem Protokoll des heutigen Ministerrats scheint es, daß der Regierung jede Maßlosigkeit fehle. Das Sinken des Franken werde nicht durch das hervorgerufen, was in London, Amsterdam, New York und Brüssel geschehe, sondern durch das, was sich in Paris vorbereite. (Zusatz: Der Abgeordnete Cahin: Durch die Ruhrbelegung.) Der Finanzminister rief daraufhin: Auch durch die Kritik gewisser Blätter. Der Abgeordnete Blum erklärte nach Wiederherstellung der Ruhe, das Sinken des Franken sei das Ergebnis der ganzen Regierungspolitik, die von den Sozialisten so oft bekämpft wurde. Der Abgeordnete Tardieu verlangte ebenfalls die sofortige Beantwortung der Interpellation Lacotte. Der radikale Abgeordnete A. ward stellte sich, daß die jetzige Lage die Folge der bisherigen Verschleppungspolitik der Kammer sei. Schließlich wurde die Interpellation Lacotte mit 388 gegen 189 Stimmen auf Donnerstag verschoben.

Urteile der Londoner Presse.

London, 15. Januar.

Nast alle Blätter beschönigen sich mit dem Sturz des französischen Franken. So schreibt „The News“ in einem Leitartikel: Die Wirkung der Ruhrinvasion, das Verschwinden Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit und der deumutende Sturz des französischen Franken sei jetzt klar zu übersehen. Wenn Poincaré oder sein Nachfolger beschließen würden, daß Deutschland, um Frankreich vor der vollständigen finanziellen Katastrophe zu retten, in die Lage versetzt werden müsse, seine Schulden auf einer vernünftigen Grundlage zu bezahlen, so würde die Gesamtlage in Europa eine bemerkenswerte Umwandlung erfahren. „Daily News“ schreibt: Die Ursache des französischen Frankensturzes müsse in den auswärtigen Beziehungen Frankreichs gesucht werden. Man erwähne in diesem Zusammenhang die britische Haltung nach der Erziehung des Separatistenführers Heing in Speyer und Lord Curzon's Beharren auf einer unabhängigen Untersuchung der Lage in der Pfalz.

Die Aussprache im Unterhause.

London, 15. Januar.

Das Unterhaus war bei der heutigen Eröffnung in Erwartung der Aussprache über die Thronrede nicht besetzt. Die Regierung war voll vertreten. Auf der Oppositionsbank saßen Asquith, MacDonald und Lloyd George nebeneinander. Ramsay MacDonald führte u. a. aus:

Die Lage Europas gleiche der von 1912 mit rivalisierenden Kräfte und rivalisierender nationaler Politik. Die alliierten Nationen betrachteten einander mit halb verhöhlener Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden. Großbritannien habe heute keine entschlossene, bestimmte oder wirksame Politik auf dem Kontinent. Es sei Zeit, hierin Wandel zu schaffen. Die Regierung habe das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Macdonald schloß ab, indem die beklagten Lage Mitteleuropas und sagte, England sollte rund und deutlich erklären, daß es hier Einhalt tun wolle und bereit sei, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen und eine

lichlich verwaltete Gemeinde. Die Leitung der Stadt hat sich...

Um so härter ist der Eindruck, den Dr. Harding von dem Zustand der sächsischen Wirtschaft in Wien übermittelt...

Dr. Harding versichert, daß die deutschen Kommunalpolitiker, die bereits im Frühjahr 1923 auf einer...

In der Tat wurden in der Periode der Inflation in Wien die städtischen Tarife und Abgaben...

Das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt jedenfalls, daß eine sozialistische Gemeindeführung...

geseht wurde, wie in der Natur künstlerische und verbacherische Eigenschaften verbunden sind...

Neue Gborg 7. Wie aus Christiania berichtet wird, ist im Alter von 73 Jahren, Arne Gborg...

Wissenschaftliche Nachrichten. 7110. Sitzung Donnerstag, 17. Januar, abends 7 Uhr (Mineralogisches Institut der Technischen Hochschule)...

beiterschaft, die ja einen hervorragenden Anteil an der Führung kommunaler Geschäfte nimmt...

Die unfähige Regie.

Das englisch-französische Eisenbahn-Abkommen gescheitert.

Nach einer Mitteilung aus Paris hat Poincaré die Genehmigung des zwischen den Arbeitern der Regie und den deutschen und englischen Vertretern...

Die Konstituierung des 60er Ausschusses in Köln.

Der heute im Spanischen Saal zusammengetretene Schlichtungsausschuss, dessen Vollerfassungung...

Geza Jichy 7.

Der ungarische Komponist und Klavierspieler Geza Jichy ist in Budapest im 70. Lebensjahre gestorben...

Das Landesrecht in Neustrelitz wieder gebannt. Die Telegrafische Gesellschaft...

Wissenschaftliche Nachrichten. 7111. Sitzung Donnerstag, 17. Januar, abends 7 Uhr (Mineralogisches Institut der Technischen Hochschule)...

Sächsische Staatszeitung. Donnerstag, 17. Januar, abends 7 Uhr (Mineralogisches Institut der Technischen Hochschule)...

Der Rüttelschwur der Pfälzer. Elbe in Mannheim.

Mannheim, 15. Januar. Der englische Generalkonful Elve empfing heute die berufenen Vertreter der Pfälzer Bevölkerung...

Die berufenen Vertreter sämtlicher Belangen aller politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbände der Pfalz...

General de Metz vor der Rheinland-Kommission.

Paris, 15. Januar. Auf die Initiative Tirards hat am Montag die Rheinlandkommission General de Metz...

Der Prozeß gegen die ungarischen Aufrührer.

Budapest, 15. Januar. Gestern begann vor dem Budapester Strafgericht die Hauptverhandlung gegen das Nationalversammlungsmitglied Franz Wain...

im Falle eines Einbruches der Tschechen in Deutschland die Tschechoslowakei von Säden aus anzugreifen...

Schließlich habe Doehmel eine formelle Beratung Wains nach München zu Ludendorff und Hitler ausgesprochen...

Vorbereitende Ratifizierung des französisch-tschechischen Vertrages.

Berlin, 15. Januar. Wie das „Dammertbureau“ von unrichtiger Seite erfährt, wird die Ratifizierung des zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich abgeschlossenen Vertrages...

Die Verhandlungen über das Statut von Tanger.

Paris, 15. Januar. Die Verhandlungen zwischen Paris und Madrid über das Statut von Tanger werden fortgesetzt...

Kleine Auslandsnachrichten.

Hamburg 15. Januar. Die Neutermelbung, daß der Streik der auf deutschen Schiffen in englischen Häfen ausgebrochen ist...

Helsingfors, 15. Januar. Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Präsidenten der Republik...

London, 15. Januar. Reuters meldet aus El Paso, die mexikanischen Aufständischen versicherten...

Wirtschaftszahlen vom 16. Januar.

Zollamtlieferung 4200 Milliarden, Goldmarkt 1600 Milliarden, Reichsrichtzahl für Lebenshaltung 1130 Milliarden...

Tägliche Devisenkurse.

Table with 4 columns: Notierungen in Millionen der Einheit der Währung, Telegraphische Notierung, and exchange rates for various currencies like Goldmark, Reichsmark, etc.

Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung

zum Preise von 20 Pfennig das Stück jederzeit zu haben in Leipzig in der Robberschen Buchhandlung...

Ämtlicher Teil.

Verordnung über Auszahlung der Dienstbezüge an abgeordnete Beamte.

Vom 12. Januar 1924. Um den Geschäftsgang zu vereinfachen und pünktliche Zahlung zu gewährleisten...

Verordnung für die sächsische Staat kassen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom 15. Januar 1924. An die Stelle der bisherigen Bestimmungen über das Steuerabzugsverfahren...

1. Berechnung der Steuer.

Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand...

2. Abrechnung der Steuer.

Die durch Abzug vom Arbeitslohn einzubehaltenden Steuerbeträge sind in allen Fällen auf den nächsten durch 5 Goldpfennige teilbaren Betrag nach unten abzurunden.

3. Tabelle.

Aus der nachstehenden Tabelle ergibt sich der Hunderthsatz, der nach Abzug des steuerfreien Lohnbetrags als Steuer einzubehalten ist.

1. Dezember 1923 (Sächs. Staatszeitung Nr. 300 vom 29. Dezember 1923).

3. Einzelheiten.

a) Arbeitslohn. Dem Steuerabzug unterliegt wie bisher der Gesamtbeitrag der Einkünfte, die in öffentlichen oder privatem Dienst beschaffte oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung...

b) Steuerbuch.

Der Arbeitgeber ist nach wie vor an die amtlichen Eintragungen auf dem Steuerbuch gebunden. Er darf einen hinzugekommenen Familienangehörigen...

c) Abschlagszahlungen.

In den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß als Lohnzahlung auch Zuschuß- und Abschlagszahlungen gelten.

d) Kaffordlohn.

Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit, sondern nach dem Erfolg der Arbeit gezahlt, z. B. bei Akkordarbeit, so sind von dem vollen Lohnbetrag 4 v. H. ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers einzubehalten.

e) Einmalige Einnahmen.

Erhält ein Arbeitnehmer außer seinen laufenden Bezügen einmalige Einnahmen, z. B. Lohntien, Gratifikationen, so ist vom vollen Betrag dieser Einnahmen der sich nach dem Familienstand ergebende Hunderthsatz als Steuer einzubehalten.

f) Abrechnung.

Über die Ausföhrung der Ausweise am Schluß des Kalenderjahres sowie der Nachweisungen und Zusammenstellungen wird demnach besondere Verordnung ergehen.

4. Tabelle.

Table with 3 columns: Zahl der minderjährigen Kinder und mittellose Angehörigen, Verheiratheter Arbeitnehmer, Lediger oder verwitweter Arbeitnehmer. Rows 1-5.

Dresden, 15. Januar 1924. Gesamtministerium.

Der bisherige sächsische Konjunkt in Dresden, Friedr. Wäh. Müller-Rue, ist verstorben. Dessen Sohn Dr. Friedr. Wäh. Müller-Rue wird als vorläufiger Vertreter dieses Konjunks...

9. Verteilung von Um'ahsteuer.

Bei der in den nächsten Tagen beginnenden 9. Verteilung der Gemeinbeiträge an der Um'ahsteuer erhalten die Gemeinden als zweite Abschlagszahlung auf den Monat Dezember 1923 und als erste Abschlagszahlung auf den Monat Januar 1924 einen Gemeindeanteil von insgesamt 18 Goldpfennigen auf den Kopf der Bevölkerung.

Dresden, 12. Jan. 1924. Finanzministerium, III. Abt.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- A. auf dem die Firma Bogtländische Industrie Aktiengesellschaft in Wuerbach bett. Blatt 638; Die Profuta des eingetragenen Carl Schaub ist erloschen. Profuta mit dem Titel, Direktor ist erteilt worden dem Kaufmann Friedrich Sillat in Wuerbach. Er ist zur Vertretung der Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied berechtigt. B. auf dem die Firma Staats- und Bezirksbank Obervogtland Aktiengesellschaft in Wuerbach (Bogtl.) bett. Blatt 859; Profuta ist erteilt worden den Kaufleuten Paul Wolf in Kobemisch, Albert König in Plauen, Paul Wölke in Plauen. Jeder von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Profutaristen vertreten; C. auf Blatt 927 die Firma Oswald Spörl in Kobemisch (Bogtl.) und als deren Inhaber der Kaufmann Oswald Max Spörl in Kobemisch (Bogtl.). Angegebener Geschäftszweig: Siederer und Konfektion. D. auf dem die Firma Oswald Köhler in Kobemisch (Bogtl.) bett. Blatt 585; Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen; E. auf dem die Firma Helene Riedel in Wuerbach-Mühlgrün bett. Blatte 887; Die Firma ist erloschen.

Antsgericht Wuerbach, 12. Januar 1924.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18656 die Aktiengesellschaft Vereinigte Windturbinen-Werke Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. November 1923 festgestellt und am 20. Dezember 1923 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Betrieb von allen Gegenständen der Metallindustrie, von Windkraftanlagen und anderen Betriebsanlagen sowie deren Ausnutzung für eigene Rechnung, insbesondere durch Erwerb und Weiterbetrieb des bisher unter der Firma Vereinigte Windturbinen-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden-Neid betriebenen Fabrikationsgewerkschafts, ferner der Handel mit den einschlägigen Rohstoffen und Erzeugnissen. Die Gesellschaft kann überall Zweigniederlassungen errichten, oder andere Unternehmungen erwerben, welche zur Erreichung des obengesetzten Zweckes dienen, sowie sich in jeder Form an betriebligen Unternehmungen beteiligen. Das Grundkapital beträgt fünf Millionen neunhundertvierzigtausend Mark und zerfällt in fünfhundertneunundvierzig auf den Inhaber lautende Aktien zu je sechshundert Mark und zweitausendsechshundertsechshundert Mark auf den Inhaber lautende Aktien zu je einhundert Mark. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied und einen Profutaristen gemeinsam vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt die Direktoren Henry Horning Weitz und Ludwig Heintzel, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage und den überreichten Schriftstücken wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus zwei oder mehreren Personen und wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates ernannt. Die Beratung der Generalversammlung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Zwischen dem Tage der Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung muß eine Frist von mindestens zwei Wochen zuzüglich einer Hinzielegungsfrist von drei Tagen liegen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktien werden zum Kennbetrage ausgegeben. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Vereinigte Windturbinen-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 2. Fabrikdirektor Henry Horning Weitz, 3. Fabrikdirektor Ludwig Heintzel, 4. Kaufmann Adolf Giehl, 5. Privatrat Eduard Zemlich, 6. Privatrat Richard Jrmischer, sämtlich in Dresden; sie haben die sämtlichen Aktien übernommen. Mitglieder des Aufsichtsrates sind die unter 4, 5 und 6 genannten Personen. Die Vereinigten Windturbinen-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden-Neid bringt in die Gesellschaft ihr Vermögen als Ganzes, und zwar nach dem Stande vom 1. Januar 1923 ein. Dem Einbringen wird die diesem Protokoll als Anlage B beigefügte Vermögensübersicht mit den dort angelegten Beträgen von zusammen 37 094 334,16 M. Aktiven und 31 814 334,16 M. Passiven, mit ein Reinwert von 5 280 000 M. zugrunde gelegt. Insbesondere bringt die Vereinigte Windturbinen-Werke G. m. b. H. ein: 1. die auf Blatt 105, 106 und 153 des Grundbuchs für Neid für sie eingetragenen Grundstücke mit den darauf befindlichen Baulichkeiten und allem Zubehör, 2. die laut der Anlage B in dem Grundbuchs vom 1. Januar 1923 mit einem Reinwert von 125 000 M. vorhanden gewordenen gesamten Geschäftsanteile der Sächsischen Stahl-Wind-Motorenfabrik G. m. b. H. in Dresden, 3. alle sonst als Aktiven und Passiven in der Gründungsübersicht vom 1. Januar 1923 erwachten Werte, ferner alle Patente, Gebrauchsmuster, Warenzeichen und Geschäftsgeheimnisse. Diese Einlage wird zum Werte von 5 280 000 M. angenommen und durch Überlassung von 549 Stück Aktien der neuen Gesellschaft von je 6000 M. und 1986 Stück von je 1000 M. Reinwert vergütet. Abzinsen und Löhne des Geschäfts der Vereinigten Windturbinen-Werke G. m. b. H. geben bereits vom 1. Januar 1923 ab auf Rechnung der Aktiengesellschaft.

Anlage B

Gründungs-Bilanz per 1. Januar 1923.

Table with 2 columns: Aktiva, Passiva. Aktiva items include Gebäude, Grundstücke, Maschinen, Kraftanlage, Elektr. Anlage, Mobelle, Inventar, Patente, Kassen, Kautions, Debitoren, Wertpapiere, Waren, Rohmaterialien, Altiv-Hypothek, Veräußerungs-Geschäftsanteile. Passiva items include Creditoren, Gebäude, Unterhalt, Leihbedere, Übergangs-Geschäftsanteile.

mithin Sachanlage M. 5280000.—

Son den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Profutoren kann bei dem unterzeichneten Amtsgericht, von dem Prüfungsbericht der Profutoren auch bei der Handelskammer Dresden, Einsicht genommen werden. (Geschäftsraum: Dresden-Neid, Peubener Str. 18.) 8322

Antsgericht Dresden, Abt. III, 14. Jan. 1924.

Auf Blatt 2220 des Handelsregisters, bett. die Firma Weigner Eisen- u. Porzellanfabrik (vorm. G. Zeigert) in Dresden, Zweigniederlassung der in Weigen unter der gleichen Firma bestehenden Aktiengesellschaft, ist heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 27. Oktober 1923 hat beschlossen, das Grundkapital unter den in Beschlüsse angegebenen Bestimmungen zu erhöhen a) um neun Millionen Mark durch Ausgabe von dreitausend Stammaktien zu je einhundert Mark und eintausend Stammaktien zu je sechshundert Mark, b) um eine Million Mark durch Ausgabe von einhundert Vorzugsaktien zu je zehntausend Mark, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Die Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr fünfzig Millionen Mark und zerfällt in zweitausendsechshundert Stammaktien zu je einhundert Mark = 300 M., zweihundertfünfzig Stammaktien zu je eintausend Mark = 250 M., fünfhundzwanzigtausendneunhundertfünfzig Stammaktien zu je einhundert Mark, dreitausend Stammaktien zu je sechshundert Mark und fünfhundert Vorzugsaktien zu je zehntausend Mark. Sämtliche Aktien lauten auf den Inhaber. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. April 1885 ist demgemäß in dem § 4 und weiter in den §§ 4, 7, 16, 21, 24 und durch Ergänzung des § 4a durch Beschluß der Generalversammlung laut Protokoll vom gleichen Tage geändert worden. Es wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die neuen Aktien werden zum Kurse von einhundert Prozent ausgegeben. 8332

Antsgericht Dresden, Abt. III, 15. Jan. 1924.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18660 die Aktiengesellschaft Vermögens- u. Revisions-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. Oktober 1923 festgestellt und am 10. Januar 1924 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Betrieb von Verkehrsmitteln zwischen Lande und zu Wasser und die Beteiligung an solchen (z. B. durch Aktien-erwerb oder anderweitige Anteilnahme); 2. die Überwachung und Revision der Bücher, Bilanzen und Abrechnungen sowie der Geschäftsföhrungen von Unternehmungen und wirtschaftlichen Vereinigungen aller Art, die Beratung solcher und die Erhaltung von Gutachten in geschäftlichen Angelegenheiten; 3. die Verwaltung und der Erwerb von Vermögen jeder Art; 4. alle sonstigen nach Bestehen des Aufsichtsrates mit vorstehenden Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Ausgenommen sind hiervon das Emittionsgeschäft, die Akzeptierung von Wechseln und die Gewährung von Akzepten oder Blanko-Krediten. Das Grundkapital beträgt eine Milliarde Mark und zerfällt in zehn auf den Inhaber lautende Aktien zu je einhundert Millionen Mark. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied und einen Profutaristen gemeinsam vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt: 1. Karl Törsch und der Kaufmann Erich Geiseler, beide in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage und den überreichten Schriftstücken wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einer oder mehreren Personen und wird vom Aufsichtsrate bestellt. Die Beratung der Generalversammlung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Diese muß mindestens achtzehn Tage vor dem Zusammenritt, die Tage der Bekanntmachung und Zusammenkunft nicht mitgerechnet, erfolgen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in dem Deutschen Reichsanzeiger. Die Aktien werden zum Kennbetrage ausgegeben. Die Gründer der Gesellschaft sind: 1. Kaufmann Karl Richter, 2. Kaufmann Adolf Ruchensack, 3. Kaufmann Edgar Bohne, 4. Baumeister u. Architekt Max Joh. 5. Professor Max Fiebigler, sämtlich in Dresden; sie haben die sämtlichen Aktien übernommen. Mitglieder des Aufsichtsrates sind: a) Justizrat Otto Barthold in Dresden, b) Kaufmann Max Landesmann in Berlin-Wilmersdorf, c) Kaufmann Max Richtig in Dresden. Son den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstandes und

